

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Henrich, Dresden
und Sächl. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Frachtlohn mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Arbeit und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einsamnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10.
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Normalzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgebote
40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 149

Dresden, Dienstag den 30. Juni 1925

36. Jahrg.

Die Rebellion bei den Deutschnationalen

Bayern erhebt den Wahrtrog ...

Am Sonnabend hat, wie wir gestern meldeten, der deutschnationale Parteivorstand beschlossen, die Politik des Reichsaussenministers Dr. Stresemann weiterhin zu unterstützen, d. h. entsprechend dem Dawes-Plan Erfüllungspolitik zu treiben und mit Frankreich ein Einheitsbündnis unter Verzicht auf Elsass-Lothringen für alle Zeit zu schließen. Kaum 24 Stunden später hat ein Teil der deutschnationalen Opposition auf das Scheitern der offiziellen Parteileitung zur Erfüllung- und Einheitspolitik geantwortet. Die Gelegenheit wollte es, daß gerade am Sonntag in Bischofswerda der „Alldeutsche Verband Ober-Elsass“ tagte. Seine Mitglieder sind mehr oder weniger führend in der Deutschnationalen Partei tätig, und gerade deshalb ist der Beschluß dieses Verbandes von einer gewissen Bedeutung. Er kennzeichnet die offizielle deutschnationale Politik, wenn auch in vorsichtiger Form als Landesberrät und fordert u. a.:

1. Ablehnung der Militärkontrollnote.
2. Verweigerung des Eintritts in den Völkerbund, der uns zum Zusammenstoß mit Frankreich verurteilt.
3. Entziehung des Versprechens der Reichsregierung, die Schutzlage des § 231 zu befestigen und damit der gerechten Forderung dieses Vertrages, freie Bahn zu schaffen.
4. Unverzüglichen Verzicht auf den vom Reichsaussenminister Dr. Stresemann selbstherrlich angebotenen, Etre und Zukunft des deutschen Volkes vernichtenden „Einheitspakt“.
5. Sofortige Räumung des unter Vertragsbruch besetzten Ruhrgebietes und der Rheinlande sowie der Kölner Zone.

Die deutschnationale Opposition verlangt also im wesentlichen vor allem die Erfüllung früherer Versprechungen, wie sie von Dergt, Westarp und Schiele gemacht worden sind. Was haben diese Politiker nicht alles versprochen — und was haben sie, leidend die Deutschnationalen in der Regierung sitzen, gehalten? Heute noch ist Köln besetzt, sind die Franzosen im Ruhrgebiet, hat die Ruhrwertung nicht einmal eine schlechte Regelung erfahren. Nichts hat sich außenpolitisch geändert — trotz der Minister Schiele, Neubaus und Schlieben. Es ist also verständlich, wenn die Opposition in der Deutschnationalen Partei von Tag zu Tag größeren Umfang annimmt. Sie erwartet immer noch „Laten“, während Schiele und die andern reden und praktisch den Kurs ihrer Vorgänger wandeln. Die deutschnationalen Demagogen gehen schweren Herzens entgegen. Der Widerspruch zwischen ihrer aufbegehrenden „nationalen“ Rhetorik und ihrer zahnlosen Politik, die im Sinne ihres Nationalismus „Landesverräterisch“ ist, wird so offensichtlich, daß die Partei auseinanderbrechen droht. Einige Führer beginnen bereits, für den Austritt aus der Regierung zu wirken, aber das kann nicht so schnell zum Erfolg führen, weil die deutschnationalen Interessenten erst die Hölle haben wollen und auch sonst eine Steuerpolitik, die den Großagrariern poht.

Die Stobsposten häufen sich. Es brennt bei den Nationalisten aller Nationalen. Der deutschnationale Parteivorstand wird von seinen Anhängern im Lande weiter desabonniert. Er ist aus Futterkrüppelinteressen für die Erfüllungspolitik, für den Einheitspakt, für den Verzicht auf Elsass-Lothringen — die Anhänger aber, denen noch von den Versprechungen des Gegenteils die Ohren klingen, verlangen die Erfüllung aller Versprechungen. Die Saat geht auf. Vor wenigen Tagen veröffentlichte die Deutschnationale Partei Norddeutschlands eine Entschließung gegen den eigenen Parteivorstand. Am Sonntag wandte sich der alldeutsche Verband des Ober-Elsasses gegen die Deutschnationalen und jetzt ist es die Deutschnationale Volkspartei in Bayern, die der Parteiführung in Berlin Kampf und Fehde ansetzt. Es wird uns gemeldet:

B. München, 30. Juni. (Eig. Funkdruck.) Der bayerische Landesausschuß der Deutschnationalen Volkspartei hat mit allen Reichstagsabgeordneten der bayerischen Organisation und den Landtagsabgeordneten eine Sitzung abgehalten, die sich im wesentlichen mit der außenpolitischen Lage Deutschlands beschäftigte. Es wurde eine Entschließung angenommen, in welcher die von Frankreich vorgeschlagene Einheitspolitik als „raffiniert ausgeklügeltes politisches Gefängnis des deutschen Volkes“ bezeichnet wird. Ferner wird gefordert, daß ein Einheitspakt nur den Zweck habe, „die Raubverträge in einem weltweiten politischen System neu zu sichern“. Die französischen Vorschläge seien das Gegenteil von Gleichberechtigung und das Gegenteil einer Sicherung des Friedens. Anschließend gab der Landesausschuß der Deutschnationalen Partei Bayerns der Erwortung Ausdruck, „daß die Parteileitung niemals die Hand zu einer Annahme solcher Summationen bieten werde“. Er verlangt dann noch die Aufhebung der Kriegsschuldenfrage.

Nieder mit den Landesverrättern in unserer Parteileitung! Heraus aus der Landesverräter treibenden Reichsregierung! So hätte die Entschließung schließen müssen. Aber die letzten Konsequenzen der Rebellion gegen Berlin behielt man sich noch vor. Man hofft noch auf irgend eine Modifikation, die es ermöglichen könnte, doch in der Regierung zu bleiben, zugleich aber „nationale Politik“ — für die Schaffung des Gesetzes — treiben zu können. Man will Wasser und Feuer vereinigen. Zur Ablenkung möchte man die Kriegsschuldenfrage aufrollen. Aber es hilft alles nichts. Einmal muß man sich klar entscheiden. Entweder Erfüllung und Verständigungspolitik (also „Landesverräter“) oder — ja was sonst? „Nationale“ Politik zur Sprengung des Gefängnisses? Die Dergt, Westarp, Schiele und Genossen sitzen festgemauert in ihrem eigenem Gefängnis, um das die Flammen der Empörung lodern, dessen Boden immer sengtriger wird. „Herr, rette uns aus dieser Hölle!“

Die Schäfchen im Trocknen

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

S. Rom, 25. Juni.

Man kann der faschistischen Regierung System und Konsequenz in der Durchführung ihrer Zwecke nicht absprechen. Wenn sie nach der Nachsicht vom 20. Juni die Kammer bis zum Dezember nach Hause geschickt hat, so darf sie das in der ruhigen Gewißheit tun, der Kammer bis dahin nicht zu bedürfen. Eine kurze Dezembertagung macht die Formalität der Budgetbewilligung nötig; man tut gut, den abgehenden Institutionen noch den Schein einer Existenzberechtigung zu lassen, und das gilt besonders für die Kammer, die durch ihre diätenpendenden Eigenschaften in faschistischen Kreisen sehr beliebt ist.

Einstweilen hat die Regierung all ihre Schäfchen ins Trockene gebracht. Mussolini hat sich eine Gesetzgebung geschaffen, die jede Opposition gegen den Faschismus außerhalb des Gesetzes stellt, zum Verbrechen stampelt und als solches ahnden läßt. Dazu war es erforderlich, die Diktatur, die als Tatsache bereits zweieinhalb Jahre besteht, in der Gesetzgebung zu verankern durch Vereinigung aller Gewalten in den Händen der Exekutivgewalt. Diesen Zweck dienen vor allem fünf Gesetze, die teilweise in wenigen Maßregeln, teils vom 18. bis 21. Juni von der Kammer angenommen worden sind. Der Zeit ihrer Annahme nach geordnet sind es die Gesetze gegen den Freimaurerorden, das Ermächtigungsgesetz, das der Regierung die Umgestaltung des Strafrechts, der Polizeibefugnisse und der Strafprozessordnung überträgt, das Gesetz gegen die Beamten und schließlich das Pressegesetz. Das letzte Gesetz stand nicht auf der Tagesordnung der Kammer für den 20. Juni, seine Kommissionsberatung war noch nicht einmal beendet, aber Mussolini, gestützt auf eine Zustimmung des neuen Kammerreglements (wie alle Fäden ineinandergreifen!) forderte am Abend des 20. eine Nachsicht, in der das neue Pressegesetz glatt bewilligt wurde, ohne daß die Führer der Opposition innerhalb der Kammer auch nur um die Sache gewußt hätten.

Von diesen fünf Gesetzen erlaubt das über die Verordnungen der Regierung, auf so ziemlich allen Zweigen des öffentlichen Lebens Dekrete mit Gesetzeskraft zu erlassen. Das bedeutet die völlige Ausschaltung des Parlamentes. Da sich aber im Strafrecht und im Strafverfahren ein gewisser Grad von Rechtschutz der Bürger kristallisiert hat, und in einem Kulturland nichts strafbar ist, was das Gesetz nicht ausdrücklich als strafbar bezeichnet, mußte das Ministerium — oder, wenn man das Kind beim rechten Namen nennen will: die Diktatur — die Hand auch nach dem Strafrecht ausstrecken, und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, den Begriff der Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates auch auf die an der Regierung geübte Kritik auszuweiten und s. B. auch gegen die auswärtigen Berichterstatter, die gegen den Faschismus schreiben, wegen dieses Vergehens vorzugehen. Auch die Ausdehnung der administrativen Verschärfung, die in Italien gegen rückfällige gemeine Verbrechen als sogenanntes „Zwangsdmizil“ in Anwendung kommt, auf politische Verbrechen und die Einführung der Verbannung ist in Aussicht gestellt.

Hätte man so die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, ohne Parlament Gesetze zu erlassen und jede kritische Haltung als Verbrechen zu bestrafen, so müßte man nunmehr die Möglichkeit von Nachsichtgruppierungen außerhalb des Parlamentes befechtigen, die eine breite Gegenströmung gegen das herrschende Regime schaffen könnten. Daher die Unterstellung aller Vereine unter die Polizei, also wieder unter die Exekutivgewalt, daher das am 19. Juni angenommene Gesetz, das die Entlassung aller Beamten vorsieht, die durch ihre Haltung innerhalb oder außerhalb des Dienstes ihre Inkompatibilität mit den „allgemeinen politischen Leitlinien der Regierung“ an den Tag legen und schließlich die Anhebung der Pressefreiheit, die hart an ihre Beileitung grenzt.

Auf Grund des Gesetzes über das Vereinsrecht, das im Ausland als das Gesetz gegen die Freimaurer gilt, kann es in Italien keine Vereinigung irgendwelcher Art geben, die nicht genötigt wäre, ihre Mitgliederliste der Polizei einzureichen. Auf Grund des Beamtengesetzes können alle Beamten, auch Universitätslehrer und Richter, ohne gehört zu werden und ohne Berufungsinstanz, entlassen werden, wenn sie sich nicht als Faschisten verhalten. Ein Richter, der sich etwa erdreisten sollte, einen faschistischen Verbrecher zu verurteilen, verurteilt sich damit selbst. Die Pressefreiheit wird durch das neue Gesetz noch mehr eingeengt als durch die Justizdekrete, insofern die zivilrechtliche Verantwortlichkeit auch auf den Besitzer der Druckerei der Zeitung übergeht. Es handelt sich um eine Art „Druckereiabrechnung“ durch Gesetz, welcher Drucker wird seinen Betrieb der Gefahr der gerichtlichen Einziehung aussetzen wollen, weil ein Wort bei ihm gedruckt wurde, das die Regierung nicht in den Himmel hebt.

Auf eine Ablehnung all dieser Gesetze durch den Senat ist nicht zu hoffen. Vereingewärtigt man sich, daß die Partei, die so jede öffentliche Äußerung abwürden kann, über 300.000 Bewaffnete verfügt, daß ihr Führer Kriegsminister, Marineminister und Generalkommissar der Luftfahrt ist, so lenkt ein, daß heute ein „Ruhet in Frieden“ die bezeichnendste Aufschrift für die Volkserneuerung wäre.

Dabei haben wir eine Verquickung von Staat und Partei, die zum Lachen wäre, wenn nicht so viel Schaden und so viel Schande dabei herauskäme. So hat der faschistische Koba Rot seinerzeit eine Kommission zur Bere-

Räumung der Ruhr

P. Paris, 30. Juni. (Eig. Funkdruck.) Die diplomatischen Vorbereitungen für die Räumung des Ruhrgebietes sind beendet. Es ist jetzt Sache des Kriegsministeriums, die Maßnahmen für die Zurückziehung der Truppen zu treffen. Der eigentliche Abmarsch wird unverzüglich beginnen. Die Räumung ist so beschleunigt, daß auch das Bochumer Gebiet frei wird, dann Essen, weiter Röchheim und schließlich Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf. Die Räumung von Proviant- und Waffenlagern ist im Gange.

Vorbereitungen zur Räumung Kölns

London, 29. Juni. In englischen Regierungskreisen wird angeordnet, daß die Vorbereitungen zur Räumung Kölns in den nächsten Tagen beginnen sollen. Man verweist auf die Erklärung Chamberlains, daß Köln voraussichtlich schon in zwei Monaten geräumt werden könnte.

Die französischen Parteimitglieder gegen die Fraktion

P. Paris, 29. Juni. (Eig. Drach.) Die Haltung der französischen Fraktion in den Debatten über die Maroffrage und die Unkonkurrenz-Zerlegungsmassnahmen hat innerhalb der Partei sehr scharfe Unzufriedenheit ausgelöst. Besonders die Unzufriedenheit gegenüber den Gallischen Inflationsgesetzen wird nicht verstanden. In einer ganzen Reihe von Departements wird von den unabhängigen Parteimitgliedern harte Kritik geübt, weil die Fraktion an der Aktion einer gemeinsamen Politik der Linken festhalten verweigert, obwohl der Kurs, den das Ministerium Rainco eingeschlagen habe, sich von Tag zu Tag mehr von dem Programm des 11. Mai entferne. So hat am Sonntag der Parteivorstand im Departement Rhône in Lyon sich einberufen. Der Sekretär des Departements Pouche de Rhone in Marseille hat eine Resolution gefaßt, in der die Delegierten zum Parteitag beauftragt werden, für den sofortigen und bewußten Abbruch der Ruteckungspolitik zu stimmen und ihren Verzicht abzulegen, der der Fortsetzung der demokratischen Politik durch irgendwelche Kompromisse die Tür verschließt.

Die Notenpresse läuft

P. Paris, 29. Juni. (Eig. Drach.) Die Regierung leidet mit, daß die wertvollsten Anleihe, nicht wie ursprünglich angenommen wurde, kurzfristiger Natur sein wird, sondern daß es

Finanzministerium beabsichtigt, eine auf Goldfrank lautende un-fähigere Anleihe auszugeben. Die Anleihe wird dadurch freilich nicht aufgehoben, denn die Notenpresse läuft. Und wenn sie die ihr erlaubten Milliarden gedruckt haben wird, werden die Preise — eben durch die Papiergeldüberflutung — so gestiegen sein, daß schätznicht weitergedruckt werden muß.

Frankreich will über die Kriegsschulden verhandeln

P. Paris, 30. Juni. (Eig. Funkdruck.) Nach einer Mitteilung des französischen Finanzministeriums wird sich demnächst eine Kommission französischer Finanzfachverständiger nach Washington begeben, um mit den amerikanischen Beamten die Verhandlungen über die Regelung der französischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten aufzunehmen.

Milch für das Volk!

D. Berlin, 30. Juni. (Eig. Funkdruck.) Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Die Reichsregierung zu ersuchen, 1. den Entwurf eines Reichsmilchgesetzes dem Reichstag schleunigst vorzulegen, 2. die Reichsverordnung über den Verkehr mit Milch vom 6. Juni 1924 nicht eher aufzuheben, als ein Reichsmilchgesetz in Kraft getreten ist.

Deutsch-chinesischer Zwischenfall

Berlin, 29. Juni. Der überfrühe Polizeirat Denning, der die Inhaftierung von Studenten veranlaßt hat, ließ bei einer Studentenversammlung Studenten verhaften, darunter 18 chinesische Studenten. Die chinesische Regierung hat durch ihre Berliner Botschaft dem Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in der gegen die Verhaftung der 18 chinesischen Studenten Protest erhoben und eine Untersuchung dieser peinlichen Angelegenheit gefordert wird. Die Meldungen verschiedener Blätter über ähnliche Vorfälle auf Verhaftung der inländischen Studenten und auf Zahlung einer Entschädigung an die einen Tag lang inhaftierten Studenten sind falsch. Aber richtig ist, daß Polizeirat Denning als Mitschuldiger an der Plünderung verurteilt wurde. Er regierte noch nach dem alten Stiel.

Der Reichstag findet für seine Sitzung am Donnerstag eine recht umfangreiche Tagesordnung vor. Nicht weniger als 13 Punkte sollen erledigt werden. Darunter befindet sich die erste Lesung über eine zweite Änderung der Personalabgabenordnung, die Fortsetzung der Beratungen des Stabs des Reichsfinanzministeriums, und der Bericht über die Ausübung des Rechtes zum Tragen einer Uniform.